

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9036/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Florian Gerster MdB kritisiert die Geheimhaltungsstrategie der Bundesregierung in Sachen C-Waffen: Tarnen und Täuschen schafft kein Vertrauen.

Seite 1

Horst Sielaff MdB analysiert die Gründe für Kohls widersprüchliche Ostpolitik: BdV fordert die Wende in der Ostpolitik ein.

Seite 2

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB erläutert die Problematik neuer Energiekredite für Brasilien: Das Versorgungsprinzip muß oberster Maßstab sein.

Seite 3

Horst Peter MdB stellt Thesen zu einem erweiterten Politikverständnis in der SPD auf: Glasnost für die Bundesrepublik.

Seite 5

44. Jahrgang / 126

5. Juli 1989

Tarnen und Täuschen schafft kein Vertrauen

Bundesregierung will Geheimdiplomatie in Sachen C-Waffen fortsetzen

Von Florian Gerster MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Meldungen über verrottete Fässer mit chemischen Waffen in den Vereinigten Staaten haben die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz (und anderswo) aufgeschreckt: Sollte der Zustand der amerikanischen C-Waffen im pfälzischen Fischbach so bedrohlich sein, daß von ihnen noch vor ihrem Abtransport Gefahren für die Bevölkerung der Region ausgehen können? Zumindest diese Befürchtungen versucht die Bundesregierung in einem Bericht (Drucksache 11/4871) zum Stand der Vorbereitungen des Abzugs der chemischen Waffen aus Rheinland-Pfalz zu zerstreuen: Die amerikanischen Bestände befänden sich „in einem sicheren Zustand“.

Aufhorchen läßt das Verständnis des Bundesministeriums der Verteidigung für die Weigerung der US-Streitkräfte, den stellvertretenden Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz das C-Waffen-Lager besichtigen zu lassen: Der Personenkreis mit Zugang zu Liegenschaften, in denen chemische Waffen der US-Streitkräfte gelagert sind, müsse „auch nach Auffassung der Bundesregierung aus Sicherheitsgründen auf das unbedingt erforderliche Mindestmaß beschränkt bleiben“!

Es versteht sich von selbst, daß diese Bundesregierung nach eigener Aussage nicht bereit ist, die bisherige Geheimhaltungspraxis zu ändern.

Keine Regierung in den Vereinigten Staaten könnte sich leisten, in dieser Weise mit existentiellen Fragen des Allgemeinwohls umzugehen. Tarnen und Täuschen sind als Methoden ungeeignet, verlorengegangenes Vertrauen in die militärische Landesverteidigung wiederherzustellen.

(-/5.7.1989/vo-he/st)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vermindert Umweltschaden
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



BdV fordert die Wende in der Ostpolitik ein

Hintergründe für das klare Ja des Kanzlers zur Polenreise

Von Horst Sielaff MdB

Fährt er, fährt er nicht, fährt er vor dem 1. September oder danach? Unter welchen Bedingungen und mit wem wird er fahren? Seit Monaten läuft dieses unwürdige Spiel des Bundeskanzlers, das er mit der Volksrepublik Polen treibt. Er nutzt die innere Schwäche eines Staates, um innenpolitische Punkte bei den Vertriebenenfunktionären und den Rechten in der eigenen Partei zu sammeln.

Seit Jahren betreibt Helmut Kohl eine widersprüchliche Vertriebenen- und Ostpolitik - langsam merken das auch die Rechten und verpassen ihm einen Denkartel mittels Wahlen.

Kohl trat an und verkündete, wir halten Verträge ein; er ließ F.J. Strauß in die DDR reisen und günstige Kredite vermitteln; er steigerte drastisch die Haushaltstitel für die Vertriebenenverbände; trat selbst-massiv auf Treffen der Landsmannschaften auf; er befolgte die von der sozialliberalen Bundesregierung eingeleitete und praktizierte Ostpolitik. Kohl beschimpfte Gorbatschow (Goebbels-Vergleich) und buhnte gleichzeitig um eine Einladung nach Moskau. Dieses Hin und Her lief gleichzeitig oder kurz nacheinander, scheinbar ohne Koordination.

Einige Funktionäre des Bundes der Vertriebenen merkten dieses Doppelspiel schon früh - sie forderten Kohl wiederholt auf, den Reden Taten folgen zu lassen. Sie wollten die Wende in der Ostpolitik endlich sehen. Dabei drohten sie mit der Gründung einer eigenen Rechts-Außen-Partei beziehungsweise Unterstützung der „Republikaner“. Kohl versuchte die Ungeduld und Kritik durch Erhöhung der Etatposten zu dämpfen. Er schmelzelte den Funktionären und lobte deren wichtige Arbeit. Ingeheim beauftragte er die CDU-Funktionäre beim BdV, in den Verbänden die Kritiker zu beruhigen und verstärkt selbst die Zielrichtung wieder zu bestimmen. Staatssekretär Hennig stärkte finanziell den BdV, vergab weitere Ämter an deren Funktionäre, schuf neue Töpfe für alte Arbeit - selbst Geißler mußte anfangs nachgeben, sein Deutschlandpapier mußte er überarbeiten.

Inzwischen wurde Hupka in der CDU kaltgestellt. Czaja wird nur noch auf Zeit geduldet und der wesentlich jüngere Sauer gegen diese Garde der Alten gefördert und aufgebaut.

Nun machen die Rechten das Spiel aber offensichtlich nicht mehr mit. Ihre Drohung, die „Republikaner“ zu unterstützen, wurde vom Funktionärskörper der BdV und seiner nahestehenden Publikationsorgane, wie Der Schlesier, Ostpreußenblatt und andere demonstrativ vorangetrieben.

Der Ausweg für Kohl?

Augenblickliche Härte zeigen gegen Polen, Rechte für deutsche Minderheiten einfordern. Verbal vom Vorbehalt der Endgültigkeit der deutschen Grenzen schwätzend, versucht er sich jetzt über die Runden zu retten. Glaubwürdiger wird die deutsche Politik dadurch allerdings nicht.

(-/5.7.1989/vo-he/st)

* * *

Das Versorgungsprinzip muß oberster Maßstab sein

Betr.: Neue Energiekredite für Brasilien

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Weltweite Kritik und eine wachsende Umwelt-Sensibilität haben die Gewährung des sogenannten zweiten Energiesektorkredits der Weltbank an Brasilien verhindert, dessen Verwirklichung wahrscheinlich 26.000 Quadratkilometer Regenwald überflutet und rund eine halbe Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben hätte. Zu verdanken ist dies dem massiven Druck von Seiten engagierter Umweltschutzgruppen, besonders auch in Brasilien, und dem Umdenken bei Weltbank und Politik - von Washington bis Bonn.

Jetzt sind drei neue umweltbezogene Darlehen vereinbart worden, die auf Einsparmaßnahmen und bessere Nutzung der vorhandenen Energie abzielen. Diese neue Förderung soll sich auf ein Gesamtvolumen von 1,1 Milliarden Dollar belaufen und bis August 1990 abgewickelt werden. Damit kann und darf aber die Diskussion über das Thema „Energiegewinnung und Schutz des tropischen Regenwaldes“ nicht beendet sein, ganz im Gegenteil.

Das Dilemma, das durch die Diskussion um den Energiesektorkredit an Brasilien in aller Schärfe zutage getreten ist, gilt fast allgemein für das Verhältnis von Industriestaaten und Entwicklungsländern. Brasilien will sich entwickeln, und zwar in erster Linie nach dem Modell der westlichen Industriestaaten: es will seine natürlichen Ressourcen optimal ausnutzen, sich industrialisieren und damit auch seine sozialen Probleme abmildern. Dazu muß unter anderem auch ein steigender Energiebedarf gedeckt werden. Das Amazonas-Gebiet ist reich an unterschiedlichen Ressourcen. Diesen Reichtum möchte das Land verständlicherweise nutzen.

Auf der anderen Seite droht inzwischen eine globale Klimakatastrophe, die in allererster Linie - und das muß zweimal unterstrichen werden - von den westlichen und östlichen Industriestaaten verursacht und weiter „angeheizt“ wird. Die großflächige Abholzung der tropischen Regenwälder in Brasilien würde einen weiteren Schub in der Zerstörung der Erdatmosphäre auslösen.

Dazu bedeutet sie einen unersetzlichen Verlust an genetischem Material sowie eine massive Verletzung der Rechte der indianischen Bevölkerung. Es ist daher verständlich, daß sich Menschen in den Industriestaaten für die Erhaltung dieser Wälder einsetzen und sie unter Schutz stellen möchten, auch mit der Konsequenz, daß ihre Ressourcen nicht in vollem Umfang genutzt werden können.

Ich habe auch volles Verständnis dafür, wenn mir der brasilianische Vizeminister de Mello in einem Gespräch, das ich am 13. Juni in Bonn mit ihm hatte, erklärte, daß es unzumutbar sei, einem einzigen Land der Dritten Welt, nämlich Brasilien, die Lösung eines globalen Problems finanziell aufzuhalsen.

Für mich ergibt sich aus diesen Diskussionen folgende Position:

- Das Streben eines jeden Landes nach einer auf Dauer tragfähigen Entwicklung muß akzeptiert werden. Dazu gehört auch das Recht, seine natürlichen Ressourcen optimal nutzen zu wollen.
- Mit Entwicklung und Industrialisierung steigt der Verbrauch von Energie. Es gehört daher mit zu einer wohlverstandenen Entwicklungszusammenarbeit, ein Land der Dritten Welt bei der Lösung seiner Energieprobleme zu unterstützen.

- Der Bau von Atomkraftwerken und Riesenstaudämmen ist dabei besonders aus ökologischen Gründen nicht vertretbar. Allerdings bedeutet die bloße Verweigerung von Krediten für bedenkliche Projekte keine Lösung. Hier sind die Industriestaaten und mit ihnen die internationalen Entwicklungsinstitutionen aufgefordert, Alternativen anzubieten, die von der Unterstützung bei der rationellen Energieverwendung bis zur Förderung regenerativer Energiequellen reichen müssen.
- Die von der Weltbank vorgeschlagenen Alternativen zum 2. Energiesektorkredit scheinen mir eine akzeptable Lösung zu sein. Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages hat sich in den vergangenen Monaten intensiv an den Diskussionen um den geplanten Weltbank-Kredit beteiligt. Genauso intensiv wird er sich mit den jetzt vorgeschlagenen Alternativen beschäftigen, um sicherzustellen, daß sie sowohl einen Beitrag zur brasilianischen Energieversorgung als auch zum Schutz der Umwelt leisten. Allerdings gehört auch eine radikale Revision des brasilianischen „Plano 2010“ zu einer geänderten Energiepolitik - wenn sie diesen Namen verdienen soll. Es reicht nicht - wie inoffiziell verlautet - nur sechs Staudämme aus einem Programm von mehr als 130 Dämmen zu streichen.
- Der Zerstörung des tropischen Regenwaldes muß weltweit Einhalt geboten werden - wo überhaupt noch etwas zu retten ist. Den Industriestaaten, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, muß aber deutlicher als bisher bewußt sein, daß diese Wälder nicht durch schöne „Gipfelreden“ gerettet werden, sondern daß substantielle finanzielle Entschädigungen für die betroffenen Länder vorgesehen werden müssen.
- Die von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel zur Rettung des tropischen Regenwaldes sind als erster Schritt in die richtige Richtung zu begrüßen. Damit sie aber nicht wie der Tropfen auf den heißen Stein verdampfen, müssen sie in den nächsten Jahren großzügig aufgestockt werden. Unstrittig sollte auch dabei sein, daß sie grundsätzlich als Zuschuß und nicht als Kredit vergeben werden.

Die durch den Zweiten Energiesektorkredit aufgeworfenen Probleme verweisen letztlich auf eine entwicklungspolitisch entscheidende Fragestellung, nämlich auf die nach dem Nutzen und der Sinnhaftigkeit von Großprojekten insgesamt. Es kann nur als paradox erscheinen, wenn mit Entwicklungshilfemitteln Großaufträge an die deutsche Wirtschaft gefördert werden, deren ökologische Folgekosten dann wiederum vom deutschen Steuerzahler zu begleichen sind. Hier ist vor allem eine weitsichtig konzipierte Entwicklungspolitik gefragt, die sich nicht auf ökologisches Flickwerk beschränkt, sondern das Vorsorgeprinzip zum obersten Maßstab aller Aktivitäten erhebt.

(-/5.7.1989/vo-he/st)

* * *

Glasnost für die Bundesrepublik

Thesen zu einem erweiterten Politikverständnis in der SPD

Von Horst Peter MdB

1. Die Diskussion über einen erweiterten Politikbegriff gründet in der Krise des traditionellen Politikverständnisses, in dessen Zentrum Staat, Parlament, Parteien stehen. Ursachen sind sowohl strukturell als auch inhaltlich: starkes Gewicht der staatlichen Bürokratien und Funktionseliten, Reduzierung der demokratischen Entscheidungsgremien auf die Funktion der Legitimationsbeschaffung, Ersatz des aufklärerischen Elements von Wahlkämpfen durch mehr oder weniger populistische Medienwahlkämpfe, politisch inhaltliche Entleerung der Arbeit in Parteien und politischen Institutionen, Versagen der Politik in den großen Risiken der Gefährdung des Friedens, der Natur, der menschlichen Gesundheit, Vernachlässigung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen, kleine und große Skandale, Verlust von Glaubwürdigkeit, Wahlenthaltung und so weiter.
2. Die zentrale Aufgabe der SPD wird es sein, Politik, Staat und Gesellschaft wieder miteinander zu versöhnen. Dazu beschreitet die SPD in ihrem Programmwurf den Weg, den traditionellen Politikbegriff zu erweitern, indem sie sich mit dem politischen Prozeß als Ganzem beschäftigt, der mehr ist, als das Handeln in Parteien, Parlamenten und Institutionen. Politik nach dem Programmwurf der SPD ist alles gesellschaftliche Handeln, das seine Grenzen in der Privatheit des Einzelnen findet. Sie entwickelt den Begriff des Bürgerdialogs als Ausdruck dieses gesamtgesellschaftlichen politischen Prozesses.
3. Kriterium für das Funktionieren dieses Prozesses muß sein, inwieweit die einzelnen Handlungsfelder in sich frei sind, ob sie angemessene Handlungsinstrumente entwickeln und ob es zu einer Integration des politischen Prozesses kommt. In diesem Zusammenhang gehört die Diskussion um den Schutz der demokratischen Beteiligungsrechte, die Erweiterung des Petitionsrechtes und auch die Entwicklung von Instrumenten direkter Demokratie.
4. Die SPD muß den politischen Prozeß insgesamt demokratisieren. Deshalb sprechen wir schließlich von wirtschaftlicher Demokratie, die der Mitbestimmung und starker Gewerkschaften bedarf, von sozialer Demokratie, die eines Beteiligungskonzeptes für die Betroffenen bedarf und politischer Demokratie, die als Ergänzung zum parlamentarischen Gesetzgebungsweg des Volksbegehrens und Volksentscheids als Weg der Volksgesetzgebung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene bedarf. Dadurch erhält das Recht auf freie Meinungsäußerung eine Perspektive, die zu tatsächlicher politischer Beteiligung den Weg öffnet und Bürger, die sich beteiligen wollen, nicht in der Rolle des Bittstellers beläßt.

Da diejenigen, die sich an Entscheidungen beteiligen wollen, entwickelte Informationsrechte haben müssen, um sich überhaupt beteiligen zu können, bedarf es eines Gesetzes auf freie Information der Bürger. Der Weg zu einem so beschriebenen Politikverständnis heißt „Glasnost“ und „Perestrojka“ für die Politik der Bundesrepublik.

5. Vor diesem Hintergrund ist die Diskussion um Volksbegehren und Volksentscheid zu sehen. Dazu bedarf es unstrittig der Klärung entscheidender Fragen nach der Form der rechtlichen Voraussetzung, der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen, aber auch des Eingehens auf kritische Fragen der Gegner von Plebisziten:

— Die Frage, ob parlamentarischer Gesetzgebungsweg und Volksgesetzgebungsweg nebeneinander bestehen können, ist empirisch geklärt. Es ist nicht nur die Schweiz, es sind fast alle Mitgliedstaaten der EG, es sind selbst Staaten des angelsächsischen Staatsverständnisses, aber auch die Länder der Bundesrepublik, die plebiszitäre Elemente in ihr politisches Entscheidungssystem integriert haben, ohne daß von einer Gefährdung ihres parlamentarischen Systems gesprochen werden kann. Die Praxis zeigt, daß Plebiszite eines großen, für weite Teile der Gesellschaft relevanten Themas bedürfen, das über den Zeitraum des Plebiszits trägt, um im politischen Prozeß überhaupt Chancen zu haben.

- Ebenso ist die Frage der Praktikabilität und der Beteiligung der Bürger empirisch zu beantworten. Selbst in Großstaaten ist die Praktikabilität kein Problem, die Beteiligung an Plebisziten ist unterschiedlich: Italien 84,9 Prozent, Frankreich 76,5 Prozent, Dänemark 68,7 Prozent, Irland 59,4 Prozent. In der Schweiz schwankend, aber nicht mit einem Trend nach unten, im plebiszitreichsten Staat der Erde, Kalifornien, liegt die Beteiligung regelmäßig höher als bei den Wahlen.

- Die Frage nach Überforderung des Volkes bei Sachentscheidungen, die Frage nach der Rationalität des Weges der Volksentscheidung ist für viele Kritiker das entscheidende Argumentationsmuster: die hohe, ständig wachsende Komplexität der modernen, hochindustrialisierten Gesellschaft verlange vom Volk Fähigkeiten, die es im Grunde gar nicht besitze, so daß es bei Sachentscheidungen überfordert sei. Dadurch entscheide nicht die Vernunft, sondern die Entscheidung gerate in den Sog der Emotionalisierung. Einerseits gibt es in der Wissenschaft Studien, die den gleichen Vorbehalt gegenüber den repräsentativen Entscheidungsweg formulieren und vom Verlust des Primats der Politik reden, andererseits belegen Autoren, daß gerade Plebiszite - die Ausgestaltung sei dahingestellt - zur Erneuerung des Primats der Politik beitragen, indem gegenüber den sogenannten Sachzwängen Entscheidungsalternativen in den politischen Prozeß einfließen. Im übrigen verlangt die Wahl zu Parlamenten von den Wählern mindestens die gleiche Sachkenntnis: er soll Parteiprogramm, die Politik der vergangenen Legislaturperiode und die Glaubwürdigkeit der handelnden Personen zur Grundlage seiner Wahlentscheidung machen oder er gerät in den „Sog der Emotionalisierung“.

- Die Frage nach der destabilisierenden Wirkung der Plebiszite, also das Kriterium der Stabilität, hat historisch zwei Wurzeln. Von konservativer Seite wird Plebisziten eine „radikalisierende“, von reformierter Seite eine „innovationshemmende“ Wirkung unterstellt, von der radikalen Linken wird die „integrativ-befriedigende“ Wirkung von Plebisziten beklagt. Die realen Plebiszite geben jeder Seite Argumente für ihre Position. Das zeigt lediglich, daß es bei Plebisziten um ein Instrument im politischen Prozeß geht, die Ergebnisse jedoch jeweils Ergebnis der allgemeinen politischen Stimmungen sind. Allerdings ist unstrittig, daß Plebiszite eher Befriedigungs- und Ventilfunktion in politischen Streitfragen haben und daher im Sinne eines allgemeinen politischen Prozesses integrierend wirken und relevanten Entscheidungen höhere Legitimation geben.

(-/5.7.1989/vo-he/st)

* * *